

AMBULANTE DIENSTE

Situation in der sogenannten 24-Stunden-Pflege

„So, wie es jetzt ist, kann es nicht weitergehen“

Deutschland benötigt dringend gesetzliche Rahmenbedingungen für die Beschäftigung von mittel- und osteuropäischen Kräften und eine attraktivere Gestaltung des Pflegeberufs, meint Markus Küffel, Vorstand des Verbandes für häusliche Betreuung und Pflege.



Im Bereich 24-Stunden-Pflege sind 300 000 Menschen tätig.

Foto: Michael B. Rehders

Von Markus Küffel

Hamburg // Die aktuelle Corona-Krise trifft insbesondere das deutsche Pflegesystem sehr hart: Während Pflegeheime zum Wohle der Bewohner oftmals komplett unter Quarantäne gestellt werden, gefährden Grenzschließungen innerhalb der EU die Versorgungssicherheit bei der sogenannten 24-Stunden-Pflege, denn von den etwa 300 000 in diesem Bereich tätigen osteuropäischen Betreuungskräften arbeiteten bisher circa 90 Prozent schwarz. Da diese illega-

len Pflegekräfte während der aktuellen Krise selbstverständlich nicht mehr einreisen können, stehen derzeit viele Familien ohne Betreuungskräfte für ihre Angehörigen da. Ein klarer Rechtsrahmen und notwendige Strukturen seitens der Politik, die den Betroffenen helfen, fehlen allerdings auch weiterhin.

Verdreifachte Nachfrage

Wir stehen als Gesellschaft also vor einem großen Problem: Das Pflegesystem kollabiert, und Agenturen,

die legal angestellte Pflegekräfte vermitteln, können die hohe Nachfrage kaum abdecken. Zurzeit erhalten wir dreimal so viele Neukundenanfragen wie sonst üblich.

Auch entsprechende Alternativen stehen den Betroffenen nicht zur Verfügung: Es gibt weder genügend Heimplätze in Deutschland, noch können ambulante Pflegedienste den gestiegenen Bedarf abdecken. Neben der hohen Nachfrage von Familien erhalten auch unsere Dienstleistungserbringer im EU-Ausland etwa ein Drittel mehr Bewerbungen von Betreuungskräften aus Osteuropa.

Da es in Polen kein Kurzarbeitergeld gibt, fehlt die finanzielle Unterstützung vom Staat, weshalb die Pflegekräfte weiterhin arbeiten müssen, um ihre Existenz zu sichern. Werden sie offiziell beschäftigt, erhalten sie einen Passierschein, der sie als systemrelevant ausweist, und können als Berufspendler die Grenze ungehindert passieren.

Politischer Handlungsbedarf

Leider wurde es politisch versäumt in der Übergangsverordnung der Einreisebestimmungen Betreuungskräfte von der Quarantänepflicht auszuneh-

men. Hier sind die Landesregierungen aufgerufen entsprechend nachzubessern.

Viele Betreuungskräfte wechseln aufgrund der Grenzschließungen aus der Schwarzarbeit in eine legale Beschäftigung. Es stehen für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen somit aktuell fast ausschließlich legale Betreuungskräfte zur Verfügung, was eigentlich eine wünschenswerte Entwicklung darstellt. Diese kosten allerdings gut 1 000 Euro mehr im Monat als Schwarzarbeiter.

// Es kann nicht sein, dass die Politik die Systemrelevanz der Betreuung in häuslicher Gemeinschaft aktuell zwar erkennt, aber dennoch keine klaren Maßnahmen ergreift. //

Markus Küffel

Viele Verbraucher können diesen Mehrbetrag einfach nicht aufbringen und sind auf finanzielle Hilfe vom Staat angewiesen, um die Betreuung ihrer Angehörigen weiterhin gewährleisten zu können. Ich fordere die Politik deshalb zum Han-

deln auf: Die Bundesregierung muss Verantwortung übernehmen und gegebenenfalls auch finanzielle Unterstützung leisten, um sowohl Pflegebedürftige als auch Pflegekräfte zu schützen.

Es kann nicht sein, dass die Politik die Systemrelevanz der Betreuung in häuslicher Gemeinschaft aktuell zwar erkennt, aber dennoch keine klaren Maßnahmen ergreift. Wir fordern ebenfalls, dass die Sonderprämie für Pflegekräfte auch auf diese Versorgungsform ausgeweitet wird. Respekt und Anstand gebieten, diese finanzielle Anerkennung auch Betreuungskräften aus Osteuropa zu kommen zu lassen.

Unsere entsprechende Anfrage an die Bundesministerien für Gesundheit sowie Arbeit und Soziales ist bisher allerdings noch unbeantwortet.

So, wie es jetzt ist, kann es nicht weitergehen: Deutschland benötigt dringend gesetzliche Rahmenbedingungen für die Beschäftigung von mittel- und osteuropäischen Betreuerinnen und eine attraktivere Gestaltung des Pflegeberufs – auch für die Zeit nach der Krise.

■ Markus Küffel ist Vorstandsmitglied des Verbandes für häusliche Betreuung und Pflege und Geschäftsführer der Pflege zu Hause Küffel GmbH. pflegezuhaeuse.info

Fehlende Schutzausrüstung

„Vorräte gehen langsam zur Neige“

Vallendar // Hanno Heil, ehemaliger Vorsitzender des Verbandes Katholischer Altenhilfe in Deutschland (VKAD), betrachtet die Situation der ambulanten Versorgung mit Sorge. Die Vorräte gingen zur Neige und die angekündigten Lieferungen von Bundes- und Landesregierungen erreichen bislang nicht die Adressaten. „Hier entsteht gerade eine große Verunsicherung in den Einrichtungen und Diensten und Unverständnis bei den An- und Zugehörigen“, sagte Heil. Der VKAD habe diese Situation dem Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus vorgetragen und um dringende Abhilfe gebeten. Dabei sei auch auf Probleme mit der Liste der Ansprechpartner in den Bundesländern aufmerksam gemacht worden, die die Bedarfe der Dienste und der Einrichtungen entgegennehmen und für eine schnelle Verteilung sorgen sollen. Zudem seien Beispiele falscher Ansprechpartner sowie falscher oder fehlender Verteilung benannt worden. Westerfellhaus hätte mitgeteilt, dass er das Thema im Krisenstab und in den anderen Gremien im Bundesministerium für Gesundheit platziert habe. Er habe darauf hingewiesen, dass auch an kleinere Pflegedienste und -einrichtungen, die nicht die logistische Unterstützung großer Trägerverbände haben.

Wer ist zuständig?

Neben den Beschaffungsaktivitäten des Bundesministeriums für Gesundheit seien auch die Länder gefordert,

stellte Hanno Heil klar. „Die Verteilung der bundesweit beschafften Schutzausrüstungen erfolgt ja über die Länder und die Kassenärztlichen Vereinigungen.“

Schwierige Situation Tagespflege

Auch andere Bereiche bereiten dem Lehrbeauftragten an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar Kopfzerbrechen: „Die Schließung der Tagespflegeeinrichtungen ist eine sehr schwierige Situation – aus wirtschaftlichen Gründen und für die Angehörigen, weil ein wichtiges Element der Entlastung im Alltag wegfällt. Mir fehlt der Überblick, wie die Familien das im Einzelnen hinbekommen. Aber das ist in Zeiten, da auch die familiären und nachbarschaftlichen Kontakte eingeschränkt sind, besonders herausfordernd“. Für den Verband ergeben sich auch Lehren aus der Krise. Der VKAD setze „auf eine allgemeine To-Do-Liste für die Zeit nach der Corona-Pandemie“. Themen seien die regionale Produktion von Schutzausrüstung, eine klar strukturierte Vorratshaltung derselben und Verteiloptionen in Ländern und Kommunen sowie die Refinanzierung dieser Maßnahmen und diverser Schutzausrüstungen. „Lobbythemen, die wir schon seit Jahren vertreten haben, wie z.B. eine angemessene personelle Ausstattung der ambulanten und stationären Pflege werden in Zukunft sicher in einen anderen Kontext eingebracht werden können“, so Heil. (lon)

Quartierszentren: Wohnen und Pflege neu vernetzen

Selbstständig bleiben, so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung wohnen: Das ist Wunsch und Wille vieler Senioren. Diese Erwartungen erfüllen Quartierszentren. Erfahren Sie als Leitungskraft, warum es sich für Sie lohnt, Quartiershäuser zu entwickeln. Lesen Sie, was Sie über die Planung, Umsetzung und den erfolgreichen Betrieb von

Quartiershäusern wissen müssen. Die Autoren sind im Projektaufbau von Quartierszentren erfahren und geben ihr Expertenwissen weiter. Ein so wichtiges wie unentbehrliches Buch für Leitungskräfte aus ambulanten Diensten und Sozialverbänden, für Planer und Investoren.



Häusliche Pflege
PFLGEDIENSTE BESSER MANAGEN

Marco Kelle, Udo Winter
Q6 – das ambulante Quartiershaus
Wohnen und Pflege neu vernetzen
2020, 46,90 €, Best.-Nr. 21359

Vincenz Network
T +49 511 9910-033
F +49 511 9910-029
buecherdienst@vincenz.net
www.haeusliche-pflege.net/shop

Jetzt bestellen!
www.haeusliche-pflege.net/shop



VINCENZ